



Bremer Bündnis für Bildung

ein Zusammenschluss des ZentralElternbeirats Bremen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der GesamtschülerInnenvertretung Bremen, des Personalrats Schulen, des Grundschulverbands und der Schulleitervereinigung Bremen

Vorfahrt für Bildung

Bremen braucht mehr Personal und ein Sonderbauprogramm für KiTas und Schulen

Das Bremer Bündnis für Bildung richtet sich mit einem Appell an die Bremische Bürgerschaft und den Senat. Mit den Forderungen dieses Appells unterstreicht das Bündnis, dass bei der Aufstellung des Haushalts der Etat die Senatorin für Kinder und Bildung deutlich erhöht werden muss, damit Bremen die akute Notlage in den KiTas und Schulen bewältigen kann.

Fünf zentrale Forderungen stehen im Fokus

1. Aufhebung der Unterfinanzierung der bremischen Bildungseinrichtungen

Im Ländervergleich, insbesondere im Vergleich mit den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sind die bremischen Bildungseinrichtungen deutlich unterfinanziert. Wie ein Gutachten von Prof. Klaus Klemm 2016 nachweist und das Statistische Bundesamt am 08.02.2017 bestätigt hat, investiert das Land Bremen pro Schüler/in jährlich 2000 € weniger, als die anderen Stadtstaaten (6500 € statt 8500 €). Umgerechnet auf 91028 Schüler/innen im Schuljahr 2016/17 bestände ein Mehrbedarf von ca. 182 Mio. €, um das gleiche Ausgaben-Niveau zu erreichen. Das wäre über ein Viertel mehr, als das Land zurzeit ausgibt.

Die Lage verschärft sich aktuell besonders im KiTa- und Grundschulbereich durch zunehmende Kinderzahlen infolge eines erheblichen Geburtenanstiegs und der Zuwanderung.

Bildungsausgaben sind überwiegend Personalausgaben. Im Bundesvergleich der Schüler/Lehrer-Relation liegt Bremen im letzten erhobenen Vergleichsjahr (2015) bei 15,3, Hamburg bei 14,0 und Berlin bei 13,7, der Bundesdurchschnitt bei 14,7 Schüler/innen. Die Schüler/Lehrer-Relation ist der gebräuchliche Vergleichswert bei der Lehrpersonal-Ausstattung. Hier liegt Bremen also nicht nur gegenüber den anderen Stadtstaaten, sondern auch gegenüber dem Bundesdurchschnitt zurück. Und dies trotz der ehrgeizigen Konzepte inklusive Schulentwicklung und Ganztagschule. Um nur den Standard des Bundesdurchschnitts zu erreichen, würde dies einen Zuwachs von etwa 180 Stellen erfordern. Damit wäre noch nicht berücksichtigt, dass die Stadtstaaten besonderen Bedingungen unterliegen und daher das Defizit erheblich höher liegt.

Seit 2014 sind die Schülerzahlen in den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen bereits um 1073 gestiegen. Nach neuen Prognosen ist bis 2021 im Lande Bremen ein Zuwachs von ca. 1600 Kindern zu erwarten (in der Stadtgemeinde Bremen 1200-1300, das sind ca. 51 Klassenverbände). Diese Kinder müssen davor in die KiTa-Versorgung eingeplant werden. Um die Schüler/Lehrer-Relation nicht

weiter zu verschlechtern, müssten bis 2021 jährlich ca. 21 zusätzliche Grundschullehrkräfte und das entsprechende pädagogische Personal eingestellt werden.

Im Schuljahr 2017/18 werden zusätzlich 832 Kinder und Jugendliche die Klassen der Grund- und Oberschulen besuchen. Hierfür sind laut Integrationsbudget des Senats 37,8 Lehrer/innenstellen vorgesehen. Unter der Maßgabe, die Schüler/Lehrer-Relation nicht zu verschlechtern, müssten es aber 61,2 Stellen sein.

Unterrichtsausfall, fehlende Lehrkräfte, nicht besetzte Stellen, Überlastung der Lehrkräfte und der pädagogischen Fachkräfte, Konzepte wie Inklusion und Ganzttag ohne zureichende Ausstattung und dazu fehlende oder marode Schulgebäude sind das Ergebnis der unterfinanzierten Bildungspolitik der letzten Jahre.

Notwendig ist ein radikales Umsteuern in der finanziellen Ausstattung des Bremischen Bildungswesens.

Der Bremer Senat muss Bildungssenatorin Bogedan deutlich stärker unterstützen. Wer Chancengerechtigkeit und die Wirksamkeit von guter Bildung wirklich ernst nimmt, muss eine ausreichende Unterrichtsversorgung in qualitativ angemessen ausgestatteten KiTas und Schulen gewährleisten. In Ausstattungsvergleichen mit anderen Bundesländern findet die hohe Inklusionsquote in Bremer Schulen keine Berücksichtigung, das betrifft z. B. Klassenfrequenzen und die Stundenversorgung. Hamburgs pädagogische Konzepte taugen zudem nicht als Modell für Bremen, da dort die Grundausrüstung weit höher ist.

2. Bessere Ausstattung mit Lehrkräften, Sonderpädagoginnen/Sonderpädagogen, sozialpädagogischem Fachpersonal, Schulsozialarbeit und Erzieherinnen

Zu den Anforderungen durch das Anwachsen der Kinderzahlen kommen die gestiegenen Anforderungen durch Entwicklungsaufgaben im Rahmen der Inklusion und des Ganztags. Hier fehlt es in allen Schulen an einer ausreichenden Personalausstattung.

Die Inklusion ist nach wie vor unterfinanziert.

Der Bedarf an Förderung im Inklusionsprozess ist höher, als bei Beginn 2010 veranschlagt. Allein in der Stadt Bremen wären zur ausreichenden Finanzierung ca. 100 neue Lehrerstellen erforderlich, zusätzlich weitere Stellen für die Absicherung der inklusiven Entwicklung im Ganzttag. Zur Absicherung der Inklusion hat der Koalitionsausschuss zum Schuljahr 2017/18 zwar 56 Stellen bewilligt. Allerdings steckt dahinter eine Mogelpackung, da es sich nicht um neue Stellen handelt. Vielmehr sollen die Stellen über ein „Flexibilisierungskonto“ vom Bildungsressort andernorts eingesparrt werden. Diese Stellen sind aber als zusätzlicher Bedarf im Haushalt abzusichern.

Die Qualität im Ganzttag muss verbessert werden.

Neue Studien zeigen: Bremen gibt für die Ganzttagsschulen im Vergleich am wenigsten Geld aus. Pro Klasse und Jahr fehlen ca. 10.000 €. Eine Verdoppelung der für den Ganzttag vorgesehenen Personalausstattung (Stunden von Lehrer/innen und pädagogischem Fachpersonal) ist unabdingbar, um auf den Bundesdurchschnitt zu kommen. Gelten muss „Qualität geht vor Quantität“, was bedeutet: Zuerst müssen die vorhandenen Ganzttagsschulen - insbesondere im Primarbereich - angemessen ausgestattet werden, bevor neue gegründet werden.

3. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus armen Familien brauchen Unterstützung durch mehr Personal und eine bessere Ausstattung.

In maßgeblichen Bildungsstudien wird Bremen bescheinigt, dass hier die soziale Spaltung zwischen armen und besser gestellten Bevölkerungsgruppen besonders groß ist. Die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus armen Familien darf nicht länger hingenommen werden. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern, die in prekären Verhältnissen leben, brauchen daher zusätzliches Personal und eine bessere Lehr- und Lernmittelausstattung, um die Bildungschancen zu verbessern. Die Ausstattung dieser Schulen muss durch zusätzliche Zuweisungen, gestuft nach dem Sozialindex, einen Benachteiligungsausgleich erfahren.

Hinzu kommt, dass gerade an diesen Standorten Zusatzbedarf für die Flüchtlingsintegration entsteht. Es darf nicht sein, dass die Schulen, die diese zusätzliche Integrationsleistung erbringen müssen, dies mit übervollen Klassen und der Erschwernis, dass Lernmaterialien fehlen, leisten sollen. Hier ist eine rote Linie erreicht, denn aus Schulen in prekärer Lage wandern inzwischen angesichts der schwierigen Arbeitsbedingungen Lehrkräfte ab und neue sind nur schwer zu gewinnen.-.

Finanzierung von Sprachförderung

Eine durchgängige Sprachförderung von der 1. bis zur 13. Klasse muss installiert werden. Das Erlernen der deutschen Sprache braucht mehr Zeit - weit über die Vorkurse hinaus - und muss durch Fördermaßnahmen unterstützt werden. Bereits vor dem Anwachsen der Fluchtbewegungen war die zusätzliche Sprachförderung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit zwei Stunden pro Grund- und Oberschule viel zu gering ausgestattet. Mit der Integration Geflüchteter in Regelklassen nach dem Besuch der Vorkurse stellt sich diese Aufgabe in neuem Maßstab. Als erster Schritt ist eine Aufstockung auf durchschnittlich eine halbe Stelle pro Grund- und Oberschule zu gewährleisten.

Die Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern muss erhöht werden

Insgesamt sind für Sozialarbeit an Schulen nur 10 neue Sozialarbeiter/innenstellen eingerichtet worden. Diese reichen kaum für die allgemeinbildenden Schulen aus. Im Bereich der Vorkurse und Berufsvorbereitungskurse mit geflüchteten Jugendlichen und an den Werkschulen ist der Bedarf an Sozialarbeit mindestens ebenso groß. Daher muss die Regelung: eine Sozialarbeiter/innenstelle auf drei Klassenverbände für diese Einrichtungen übernommen werden.

Stärkung der Grundschulen

Über die Sprachförderung hinaus benötigen die Bremer Grundschulen eine bessere Ausstattung, hier wird die Basis für den weiteren Bildungsweg gelegt, bisher aber auf dramatische Weise die soziale Spaltung in Bremen zementiert. Grundschulen sind Wohnortschulen, das heißt, das Wohnumfeld bestimmt die Lernchancen entscheidend mit. Mehr Bildungsgerechtigkeit erfordert, neben der Sockelzuweisung eine ergänzende Zuweisung von Personal und Sachmitteln, gestuft nach dem Sozialindex.

4. Bremen braucht ein längerfristig angelegtes Programm zur Ausbildung und Gewinnung qualifizierten Personals.

Die Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in Bremen stehen zukünftig im Wettbewerb um Lehrkräfte mit den anderen Bundesländern. Auch hier sind andere Bundesländer besser aufgestellt. Bremen muss dringend dem Bedarf an qualifiziertem Personal für seine

bildungspolitisch hervorgehobenen Anliegen inklusive Schulentwicklung und Ausbau der Ganztagsversorgung gerecht werden.

Ist die Schaffung von mehr Bildungschancen und mehr Bildungsgerechtigkeit ernst gemeint, muss eine ausreichende Unterrichtsversorgung gewährleistet werden. Dazu gehört eine angemessene Vertretungsreserve. Zurzeit werden nur 91.4% der Unterrichtsstunden von voll ausgebildeten Lehrkräften erteilt. Über 300 Unterrichtsvertretungen werden in Bremen im Schuljahr 2016/17 von Kräften ohne zweites Staatsexamen wahrgenommen.

Ein Planungsfehler in der Ausbildung war vorhersehbar: 2012 wurde die Zahl der Plätze für das Referendariat trotz des absehbaren Bedarfs von 550 auf 450 Stellen gekürzt. Auf Druck des Personalrats Schulen und der GEW erfolgte im Januar 2017 der Beschluss zur Aufstockung auf wieder 550 Stellen. Diese Aufstockung muss allerdings noch im Haushalt festgeschrieben werden. Jetzt geht es darum dafür zu sorgen, dass die Lehramtsanwärter/innen zügig in das Referendariat kommen und nach ihrem Abschluss in Bremen bleiben. Dies zu sichern erfordert, die Betreuungsrelation in der Ausbildung zu verbessern, die Lehrgehälter anzuheben, die Pflichtstunden und die Klassenfrequenzen zu senken. Aufgrund des bundesweiten Lehrkräftemangels besteht zwischen den Ländern Konkurrenz um fertig ausgebildete Lehrkräfte.

5. Bremen braucht ein Sonderprogramm „Bau und Sanierung“ für seine KiTas und Schulen.

Steigende Kinderzahlen, bildungspolitische Entwicklungskonzepte wie die inklusive Schule und die Ganztagsversorgung, veränderte pädagogische Herausforderungen für KiTas und Schulen und lange vernachlässigte bauliche Sanierungsbedarfe verlangen eine intensive Befassung mit dem Zustand der vorhandenen Gebäude und dem Bedarf an neuen Gebäuden für die frühpädagogische, elementare und schulische Bildung und Erziehung. Um im Vergleich mit den Investitionen anderer Bundesländer für Bildungseinrichtungen nicht abgehängt zu werden, bedarf es in Bremen einer deutlichen Anstrengung. Die gute Ausstattung von KiTas und Schulen zählt zu einem wesentlichen Gütekriterium beim Gewinn von Fachkräften für Wirtschaft und Wissenschaft.

Das Bremer Bündnis für Bildung fordert daher ein Sonderprogramm „Bau und Sanierung“, das zugleich als Wirtschaftsförderprogramm zusätzlich zum laufenden Bildungsetat zu finanzieren ist.

Mit den Forderungen nach einem Sonderprogramm „Bau und Sanierung“ und der deutlichen Erhöhung des Bildungsetats in der Haushaltsplanung richtet sich das Bremer Bündnis für Bildung an Bürgerschaft und Senat. Die Ausstattung von KiTas und Schulen gehört in die Gesamtverantwortung der Bremer Landesregierung.

Gleichzeitig mit dem Appell wendet sich das Bündnis an die bremische Öffentlichkeit und bittet alle Bremerinnen und Bremer um Unterstützung der Forderungen für KiTas und Schulen durch Zeichnung der Online-Petition unter <https://www.openpetition.de/petition/online/vorfahrt-fuer-bildung>. Die in den **Eckwerten** der Senatorin für Finanzen vorgesehenen „Verstärkungsmittel“ für KiTa und Bildung in den kommenden beiden Jahren reichen bei weitem nicht aus, zumal sie teilweise schon verbraucht sind, um bereits angelaufene Vorhaben abzudecken.